



Vierteljähriger Abonnementpreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl.
Porto 2 Thlr. 11 $\frac{1}{4}$ Gr. Anzeigengebihr für den Raum einer
fünfhundert Zelle in Pettigrist 1 $\frac{1}{4}$ Gr.

Nr. 454. Mittag-Ausgabe.

Verlag von Eduard Trewendt.

3

Ergänzung: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-
anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag
einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Montag, den 29. September 1862.

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

Weimar, 28. Sept. In der heutigen Sitzung der Versammlung deutscher Volksvertreter, die von Fries eröffnet wurde, wurde dieser zum Präsidenten, v. Unruh und Brater zu Vice-Präsidenten gewählt. Die Zahl der Theilnehmer beträgt 180. Der Lang-Joseph'sche Antrag (s. unten) wurde mit 174 gegen 6 Stimmen angenommen. In der deutschen Frage sprachen für den Antrag der Commission Barth, Welcker und Behrend; gegen denselben Benedek, Wiegand und Gagern. Letzterer sprach sich in einer langen Rede für eine paritätische deutsche Einheitsgewalt durch Österreich und Preußen aus. Um 4 Uhr wurde die Sitzung bis 6 Uhr vertagt.

London, 27. Sept. Nachts. Weitere „per Asia“ eingegangene Berichte melden aus New-York vom 16. d. M. daß die Conföderirten bei Monfordsville in Kentucky am 14. d. M. mit großem Verluste zurückgeschlagen worden seien. Am 10. d. Mts. hatten sie die Unionisten zwischen La Fayette und Gangleys in West-Virginien angegriffen und hatten sich die Unionisten nach Neyley in Virginien zurückgezogen. Mason und Slidell werden zurückberufen werden.

London, 27. Sept. Der Bericht, welchen Professor Partridge dem Garibaldi'schen Comitee, in Bezug auf den Zustand Garibaldi's gemacht hat, lautet: Die Entzündung und die Schmerzen haben aufgehört; in einigen Monaten wird Garibaldi's Fuß, wenn auch steif, doch gehellt sein.

London, 28. Sept. Nach Berichten aus Newyork vom 18. d. verfolgten die Unionisten die Conföderirten bis zum 15., an welchem Tage es bei Sharpsbury zwischen den Generälen Mac Clellan und Lee zur Schlacht kam. Dieselbe wurde am 17. von den Conföderirten, die vom General Jackson Verstärkungen erhielten, erneuert. Sie verloren indeß, nachdem ihre Flanke in die Flucht geschlagen war, 6 Batterien und 15.000 Mann an Gefangenen. Wenngleich das Resultat dieses Kampfes ein günstiges war, so wird doch noch eine zweite Schlacht erforderlich sein, um definitiv zu entscheiden, wer Sieger ist.

Zu Harpers Ferry hat sich General Miles mit 6000 Mann am 14. dem General Jackson ergeben. Der Letztere wird diesen Platz jedoch seitdem wieder geräumt haben.

Turin, 26. Sept. Bei Gelegenheit einer Preisvertheilung hielt Pepoli eine Rede, in welcher derselbe in energischer Weise die Notwendigkeit der Einheit Italiens aufrecht erhält und behauptete, daß man dieselbe vergebens bekämpfe. Pepoli sprach dem anwesenden Prinzen Napoleon seinen Dank aus, daß er im Senate die Einigkeit Italiens vertheidigt habe. Der Prinz war sehr bewegt.

Semlin, 27. Sept. Heute ist der britische Botschafter zu Konstantinopel, Sir Henry Bulwer, auf einem österreichischen Gliedsschiff hier eingetroffen und von den Konsuln Englands und Österreichs empfangen worden; demnächst begab sich derselbe auf dem österreichischen Kriegsdampfer „Albrecht“ nach Belgrad.

Wien, 27. Sept. In der heutigen Sitzung des Unterhauses wurde der Antrag Herbert's und Hopf's: den Katastergesetzentwurf an einen neuen Ausschuß zu verweisen, angenommen.

Der Postoffizial Kallab ist wegen Missbrauchs der Amtsgewalt zu zehnjährigem schweren Kerker verurtheilt worden.

Preußen.

Berlin, 27. Sept. [Vom Hofe.] Heute Vormittag 11 Uhr nahmen Se. Maj. der König die Vorträge des Geh. Kabinets-Raths Wirkl. Geh. Raths Illaire, des General-Adjutanten Generalmajors v. Alvensleben und des Majors v. Begeck entgegen. Die Abreise Sr. Maj. des Königs nach dem Kurort Baden-Baden ist auf morgen Abend halb 8 Uhr festgesetzt, und erfolgt mittelst des Courierzuges auf der Anhalter Bahn. Auf der Station Guntershausen wird am Montag Früh der Kaffee und auf dem Bahnhof zu Frankfurt a. M. das Dejuner eingenommen. Nachmittag 3 Uhr treffen des Königs Majestät in Baden-Baden ein und gedenken in spätestens acht Tagen vom großherzoglich badischen Hofe wieder nach Berlin zurückkehren. In der allerhöchsten Begleitung befinden sich der General-Adjutant Generalmajor v. Alvensleben, die Flügel-Adjutanten Major v. Steinäcker und Major v. Rauch, der Leibarzt Geh. Sanitäts-Rath Dr. Lauer und Hofrat Borch.

Aus Baden vom 26. Sept. wird der „Sternitz.“ Folgendes mitgetheilt: Ihre Maj. die Königin hat gestern die Frau Markgräfin Wilhelm von Baden mit Allerböschtem Besuche erfreut, um Hochdieselbe zur Vermählung ihrer Tochter zu beglückwünschen. Der Überstießelung J. H. des Großherzogs und der Großherzogin Louise von Baden wird in den nächsten Tagen entgegesehen. J. kais. H. die Großfürstin Helene von Russland ist aus der Schweiz mit ihrem Sohn und der Königin ihren Besuch abgestattet.

Se. k. H. der Kronprinz begiebt sich morgen Abend vom Schlosse Reinhardtsbrunn aus nach Baden-Baden, um an der Geburtstagsfeier seiner erlauchten Mutter, Ihrer Maj. der Königin Augusta, teilzunehmen, und geht alsdann nach einem kurzen Aufenthalte am großherzoglichen Hofe nach Coburg. J. k. H. die Frau Kronprinzessin bleibt bei Höchstböhmer Mutter der Königin Victoria von Großbritannien Majestät in Reinhardtsbrunn zurück. Dem Vernehmen nach wird auch Se. k. H. der Fürst von Hohenzollern-Sigmaringen zur Theilnahme an dieser Geburtstagsfeier von seiner Villa Weinburg in der Schweiz nach Baden-Baden kommen.

Der frühere Unter-Staatssekretär, Wirkl. Geh. Legationsrath Herr v. Grüner ist, wie die „Sternitz.“ hört, zum Mitglied des Herrenhauses aus allerhöchstem Vertrauen ernannt worden.

Heute Vormittag um 11 Uhr trat das Ministerium im Hotel des Staatsministeriums zu einer Berathung zusammen.

Pl. Berlin, 28. Sept. [Der König und der Minister.] Der König ist schon heute Morgen nach Berlin gekommen, bald nach seinem Eintreffen hatte der Ministerpräsident v. Bismarck Vortrag; der König stand am Fenster, der Minister im schwarzen Frack vor ihm und eine dichte Zuschauermasse vor dem Fenster. Später fand ein Ministerrath statt. Man sagt, erst heute sei beschlossen worden, welche Eröffnungen morgen dem Abgeordnetenhaus gemacht werden sollen, ja man bezweifelt sogar, daß schon morgen die Plenarsitzung im Unterhause stattfinden würde; im Bureau war man auf einen erneuten Ausschuß der Plenarsitzung gefaßt, bis heute Mittag war jedoch keine Verfügung eingetroffen. Sicher ist, daß keine Berathung eintritt, da im Herrenhause für Donnerstag eine Plenarsitzung anberaumt ist.

Berlin, 28. Sept. [Über Vorgänge während der Ministerkrise] wird der „D. A. Z.“ noch geschrieben: Hr. v. Bismarck sieht sich

in seinen Erwartungen sehr getäuscht, und wenn er wirklich mit hochstiegenden Plänen nach Berlin gekommen ist, so werden dieselben bereits zu Wasser geworden sein. Er soll durchführen, was nicht durchführbar ist, ohne sich der Mittel zu bedienen, die er allein für wirksam hält, und mit Personen, welche er in keiner Weise brauchen kann; dabei kennt er die Zustände des Landes seit Jahren so wenig, daß er erst jetzt seine Information einzuziehen beginnt. Es bedarf eines Finanzministers, der genaue Kenntnis aller Finanzquellen mit Geschicklichkeit in Ausfindung von Aushilfsmitteln verbündet, und der einzige Mann, der für ihn diese Bedingungen erfüllt, zieht sich zurück. Bis jetzt sind, so viel man erfährt, die neuen Minister noch nicht gefunden. Herr v. Witzleben ist gestern als Finanzminister an höchster Stelle nicht acceptirt worden, dagegen betrachtet man ihn neben Graf Eulenburg als Handelsminister noch als möglich. Für die Finanzen werden gegenwärtig Herr v. Tettau, einst der „Finanzminister der Zukunft“ geheißen, und Herr Senfft v. Pilsach genannt, zwei Männer, welche gleich Herrn v. Witzleben zur schwärzesten „Kreuzzzeitungs“-Partei gehören. Gestern Abend gegen 8 Uhr war wieder Ministerconseil, indem verlautet noch nichts über die gefaßten Beschlüsse. Man glaubt aber, daß bei der Lage der Dinge, welche sich bis Montag noch nicht geklärt haben können, die Berathung des Landtags auf 30 Tage angenommen worden sein wird. Von den sogenannten kleinen „künftig wegfallenden“ Ministern hört man nichts mehr; sie bleiben jedenfalls, um die Krise nicht zu erschweren, für jetzt im Amte. Die „Kreuzzitung“ räth auch gegenwärtig noch dringend von der Auflösung des Abgeordnetenhauses ab, und die sehr conservativen Rathgeber in den höchsten Kreisen stimmen ihr darin ganz bei, indem sie vor der Octroyirung von Wahlgesetzen warnen. Dagegen ist von andern Octroyirungen die Rede; noch einmal hofft man von königlichen Verleihungen gewisser freiliniger, aber revisionssfähiger Gesetze, wie z. B. der Schwerin'schen Kreisordnung, wenigstens im Laufe des nächsten Halbjahrs ein nachgiebigeres Haus zu erzielen. Denn die zweijährige Dienstzeit ist nicht zu erlangen; der König sieht durch sie die neue Militärorganisation, deren Durchführung er als seinen historischen Beruf betrachtet, gefährdet und nimmt keine Vorschläge, welche die Verkürzung der Dienstzeit zur Grundlage haben, entgegen, da er die von Herrn von Roos erwähnten Compensationen, Erhöhung des Soldes für Capitaines und Unteroffiziere und stehende Lager nicht als aufdringend betrachtet. Man erzählt sogar, daß er eher resignieren als auf die zweijährige Dienstzeit eingehen werde. Ueber Hrn. v. d. Heydt's Schritte erzählt man sich in gutunterrichteten Kreisen, daß er seine Ansichten über die Situation nicht mündlich, sondern in einem Promemoria vorgelegt habe. Als den besten und empfehlenswertesten der drei Wege, welche man einschlagen könne, bezeichnete er die Annahme der zweijährigen Dienstzeit und mehrere Herabsetzungen im Militäretat; derselbe werde, fügte er hinzu, zur Einigung führen. Weniger zweckmäßig, aber doch noch verfassungsmäßig erschien ihm die Auflösung des Abgeordnetenhauses; auch dazu erklärt er als Minister noch mitwirken zu wollen. Der dritte Weg besteht darin, daß man die Beschlüsse der Volksvertretung unbeachtet lasse und ohne Budget fortregiere. Derselbe sei nicht blos bedenklich, sondern verstößt auch gegen die Verfassung. Er habe die Ausgaben bisher in gutem Glauben geleistet, diesen guten Glaube könne nun aber nicht mehr fortbestehen. Sollte der dritte Weg wirklich eingeschlagen werden, so müßte er um seine Entlassung bitten. Am folgenden Tage kam das Promemoria mit der Randbemerkung „nicht angenommen“ zurück, und als Hr. v. d. Heydt Herrn v. Bismarck gegenüber bei seiner Erklärung beharrte, erfolgte, wie sich erwarten ließ, ungestüm die erbetene Entlassung, die, trotzdem er noch fortverwaltet, keineswegs eine gnädige war.

* * Berlin, 28. Sept. [Vom Ministerium. — Hoffnungen der Junker. — Berichtigung. — Presbyter. — Concurs.] Der Domhofplatz dürfte heut ein sehr lebhaftes Volksbild liefern, da das Publikum begreiflich darauf gespannt ist, was der neue präsidirende und äußere Minister über den Standpunkt der Regierung äußern und als deren nächste Maßnahmen bezeichnen wird. Wie mit den Abgeordneten v. Bockum-Dolfs und Gneist soll Herr v. Bismarck dieser Tage auch eine Versöhnung athmende und beruhende Unterredung mit dem Präsidenten Grabow gehabt haben.

Wie hoch sich die Hoffnungen der Junkerpartei gegenüber auch den Ministern des Innern und der Justiz verstiegen, erhellt aus folgendem Satz eines ihrer fortgeschrittenen Organe, der heute erschien: „Berliner Revue“. Das Blatt schreibt: „Wir hoffen, daß namentlich die Herren Graf zur Lippe und v. Jagow wenigstens auf diese Petition (es ist von der Petition um Änderung der Grundsäge bezüglich der Beamten, welche zu Abgeordneten gewählt worden sind, die Rede) eingehen werden, wenn sie nicht die Diäten überhaupt in Vergessen bringen oder von dem § 70 der Verfassung keinen weiteren Gebrauch machen wollen.“ Der angezogene § 70 der Verfassung lautet: „Jeder Preuße, welcher das 25. Lebensjahr vollendet hat u. s. w., ist stimmberechtigter Urwähler.“ Auf diesem Paragraphen beruht die Sage, um im Sinne der „Revue“ zu reden, daß Preußen ein konstitutioneller Staat sei. „Ganz besondere Heiterkeit“, schreibt die „N. B. Z.“, erregte das Gerücht, daß der ehemalige Generalconsul Graf Friedrich Albert zu Eulenburg Handelsminister werden solle. Man hieß es für einen Scherz. Graf Eulenburg hat bekanntlich einmal ein Gutachten dahin abgegeben, daß Antwerpen für den deutschen Handel geringe Bedeutung habe. Dergleichen vergift der Handelsstand so leicht nicht.“

Dem Vernehmen nach wird der Regierungs-Rath Bittelmann von Frankfurt a. M. in das Ministerium gezogen werden. Derselbe war unter dem Ministerium Manteuffel und schon zur Zeit als Hr. v. Bismarck den Gesandtschaftsposten in Frankfurt a. M. bekleidete, der preußischen Bundesstaatsgesellschaft zur Leitung der Preßangelegenheiten des südlichen Deutschlands im preußischen Interesse attachirt. Die „Berliner Börsenzeitung“ vom 23. d. Mts. erwähnt, daß dem Vernehmen nach die Petersburger Regierung hier Anträge wegen Abschlusses eines Handelsvertrages mit Russland gemacht, die preußische Regierung aber einstweilen noch Anstand genommen habe, darüber in Verhandlungen zu treten. — Die „Sternitz.“ sieht sich im Stande, zu versichern, daß das erwähnte Gerücht jeder thatssächlichen Grundlage entbehrt.“

Gegen den Redakteur der „Nat.-Ztg.“, Dr. Zabel, sollte gestern ein Prozeß wegen durch die Presse verbüter Verleumdung des Reg. Präsidenten zu Liegnitz, v. Ledlitz-Tüscher, verhandelt werden. Derselbe betrifft einen in der gedachten Zeitung enthalten gewesenen Artikel, betreffend die Wahlen unter dem Schwerin-Patow'schen

enthaltend, daß der gedachte Präsident trotz der Schwerin'schen Anweisung, die Wahlen unbeeinflußt zu lassen, auf dieselben in anti-ministeriellem Sinne eingewirkt habe. Diese Behauptung ist im Wesentlichen Gegenstand der Anklage. Die Verhandlung wurde vertagt, weil eine Menge Zeugen, auf welche der Angeklagte sich zum Beweise der Wahrheit bezogen hatte, theils gar nicht vernommen, theils bei ihrer Vernehmung nicht vereidigt worden waren. Das Gericht beschloß, die Voruntersuchung demgemäß ergänzen zu lassen und zu dem neu anzuberuhenden Termine auch den früheren Landrat des liegnitzer Kreises, jetzigen Polizei-Präsidenten von Berlin, v. Bernuth, als Zeugen laden zu lassen. — Die „B.-u. P.-Z.“ schreibt: Es ist seit mehreren Tagen von eingetretenen Zahlungsflockungen der Firma Lindheim, eines der größten Geschäftshäuser Österreichs und Preußisch-Schlesiens, die Rede. Wir können kein Bedenken haben, den Namen zu nennen, da Geschäftsbriebe aus Wien und Breslau nicht das mindeste Geheimniß daraus machen und es gelungen scheint, mit der Sprache offen herauszugehen, um nicht Missdeutungen hervorzurufen. Die Summe der Verbindlichkeiten ist wohl kaum annähernd schon jetzt zu schätzen, gerücksweise Angaben gehen mit offenbarer Übertreibung bis auf 13 Millionen Gulden. Das Haus Lindheim, von dessen Inhabern der eine erst kürzlich in den Freiherrnstand des österreichischen Kaiserstaates erhoben wurde, hat jetzt in Preußisch-Schlesien bedeutende Etablissements, eine Baumwoll- und Flachsinnerei, Glashütten und Bergwerke, in Österreich namentlich große Kohlenwerke in Böhmen. Dasselbe ist überdem bei großen österreichischen Unternehmungen beteiligt, namentlich auch bei der Westbahn. Vom hiesigen Platz wird nur eine größere Bankfirma als an den Verlusten beteiligt genannt. Am meisten treffen letztere wohl eine dem Hause verwandtschaftlich nahe stehende Firma in Breslau und mutmaßlich hamburg, wiener und prager Firmen.

K. C. Berlin, 27. Sept. [Keine Berathung des Abgeordnetenhauses. — Wahrscheinlicher Schluß der Session.] Im Herrenhause ist zu Donnerstag, den 2. Oktober, Sitzung anberaumt; auf der Tagesordnung stehen unter anderem die Gesetzentwürfe wegen der Bergwerks-Abgaben und wegen der Eingangs- und Ausgangs-Abgaben. Da man im Herrenhause über die Absichten des jetzigen Ministeriums voraussichtlich genau unterrichtet ist, so macht die Anzeigung einer dortigen Plenarsitzung eine längere Berathung der beiden Häuser seitens der Regierung höchst unwahrscheinlich. Auch sonst erweist sich dies seit gestern fast allgemein verbreitete Gerücht als unbegründet; Hr. v. Bismarck selbst bat auf desselben Anfrage aus dem Hause des Abgeordneten erklärt, die Staatsregierung habe diese Eventualität noch nicht einmal beraten. Eine kürzere Berathung auf Wunsch der Staatsregierung durch den Präsidenten des Hauses oder das Haus selbst, ist damit nicht ausgeschlossen, da es noch immer nicht gelungen ist, einen Finanzminister für das neue Ministerium zu finden, und für die jetzige Lage ist doch gerade dieser Minister der wichtigste. Indes ist die jetzt genannte Eventualität nur eine Möglichkeit, deren tatsächliches Eintreten bis jetzt durch kein anderes Zeichen indicirt ist. Auch darüber verlautet noch nichts bestimmtes, ob die Regierung am Montag den Etat für 1863 zurückzusetzen weiß, was sie sonst für eine Erklärung abgeben wird. Die in letzterer Beziehung verbreiteten Zeitungsgerüchte müssen als verfrüht gelten; über die Frage, ob sie mit oder ohne Budget regieren werde, hat die Regierung doch offenbar keinen Anlaß sich zu äußern, bevor das Herrenhaus wirklich das Budget vorworfen hat. In letzterer Beziehung verlautet heute mit großer Bestimmtheit, daß nach Aeußerungen von Mitgliedern der Budgetcommission des Herrenhauses selbst, diese Commission darin einig ist, dem Herrenhause eine motivirte Resolution vorzuschlagen, mittelst deren das Budget an das Abgeordnetenhaus zur nodmaligen Erwähnung zurückverwiesen werden soll. Ein solches Verfahren wäre durchaus verfassungswidrig und das Abgeordneten-Haus darf nicht darauf eingehen; von Interesse aber ist die Nachricht, weil sie beweist, daß man im Herrenhause zu führen beginnt, ein wie verhängnisvoller Schritt die Verneinung des Budgets sein würde. Ein förmlicher Beschluß der Budgetcommission des Herrenhauses scheint jedoch noch nicht gefaßt zu sein; die entscheidenden Verhandlungen sollen am Dienstag in Gegenwart des Staatsministers v. Bismarck und des Kriegsministers von Roos beginnen. Die Budgetcommission des Hauses des Abgeordneten hat ihre Arbeiten beendet, indem sie den Schlußbericht des Referenten Oesterrath festgestellt hat. Durch die Absetzung von über 6 Millionen ist der Staatshaushaltsetat nunmehr so zu stehen gekommen, daß statt eines Deficits ein Überschub von ca. 2½ Millionen vorhanden ist, — freilich nur auf dem Papiere. Über den Schluß der Session läßt sich bei der fortlaufenden Unvollständigkeit des Ministeriums und bei der Ungewissheit in Bezug auf den Plan der Regierung mit Sicherheit noch nichts angeben; falls wirklich das Herrenhaus das Budget verwirft und wirklich das Staatsministerium auf das bekannte Programm der „Kreuzzeitung“ ohne Budget zu regieren — pure eingeht, dann würde freilich der Schluß in der zweiten Woche October von selbst herbeigeführt sein.

Aus der Mark, 25. Sept. [Wie die Herren Kleist-Neßow und Plötz die Dinge ansehen.] beweist folgendes Circular-Schreiben, welches sie an ihre Parteigenossen erlassen haben:

Guer ic erlauben wir uns hierdurch ergeben mitzuteilen, daß die Budget-Berathungen im Herrenhause voraussichtlich am nächsten Montag (den 29. d.) beginnen werden. Die bei der Gelegenheit verhandelten Fragen sind keine bloß finanziellen oder militärischen, sie sind wesentlich politischer Natur und betreffen die Monarchie überhaupt ob die Obermacht über Herrenhaus und König fortan im zweiten Hause liegen soll. Ist schon das Abgeordnetenhaus bei der diesjährigen Berathung zahlreicher wie je versammelt gewesen, wie viel mehr ist dies die Pflicht des der Zahl nach an sich schwächeren Herrenhauses bei einer Frage, welche dessen eigenen Beruf ja, seine ganz Bedeutung betrifft. Von uns darf und wird daher bei ihrer Berathung Niemand fehlen, der nicht durch absolute Gründe dazu gewungen ist. Es ist jedoch zur eingehenden Durchsprechung der Sache, zur Stärkung der Gesinnungsgenossen, zur etwaigen Verhandlung mit anderen Fraktionen nothwendig, daß die Fraktionen sich bereits zwei Abende vorher versammeln. Wir haben daher eine Fraktion-Sitzung auf Sonnabend den 27. d. M. Abends 7 Uhr, im Herrenhause, Zimmer Nr. 4, anberaumt und laden Guer ic eben so dringend wie ergeben hierdurch dazu ein.

Berlin, 22. Sept. 1862. v. Plötz, v. Kleist-Neßow.

Deutschland.

Mainz, 24. Sept. [Drohung mit einem hessischen Bismarck.] Das „Mainzer Journal“ droht dem Lande Hessen für den Fall, daß es der Opposition gelänge Herrn v. Dalwigk zu stürzen, mit einem hessischen Bismarck. Es geht Herrn v. Bismarck also wohl eine Art Knecht-Ruprechts-Ruf vorher, der ihm auch da, wo es nichts zu annexiren gibt, den politischen Kindern furchtlos macht. Zum Glück nur den politischen Kindern! (Südd. 3.)

Weimar, 28. Sept. [Das Vorparlament.] Für die erste Sitzung, der Versammlung deutscher Volksvertreter, steht der Antrag Lang's und Joseph's zur Debatte: „Die Zulassung von Mitgliedern thatsächlich bestehender Ständeversammlungen ist kein Anerkenntnis einer rechtmäßigen Beseitigung von Volksvertretungen“. Die Commission stellt folgende Anträge: Eine Veränderung deutschen Verfassungsberechts kann nur unter Mitwirkung einer freigewählten Nationalvertretung geschehen. Beihaltung an der Delegiertenversammlung behufs Bildung eines Bundesgerichts soll abgelehnt, dagegen an einem Parlament und einer Centralgewalt festgehalten und ein Übergang vom Staatenbund zum Bundesstaat erstrebt werden. Der von Schulze (Berlin) gestellte

Zusammentrag: Der Eintritt Deutsch-Oesterreichs bleibe vorbehalten, ohne indeß auf Reformen eine ausschließende Wirkung auszuüben; der Eintritt Gesamt-Oesterreichs bleibe ausgeschlossen, wurde von der Commission angenommen. — Die hier eingetroffenen Preußen, darunter mehrere Mitglieder des Abgeordnetenhauses, werden einen schweren Stand bei den Verhandlungen des sog. Vorparlamentes haben. Es ist im Werke, dem Nationalverein die preußische Spize abzubrechen, und wie die Dinge in Preußen zur Zeit stehen, dürften dies die Preußen kaum hindern können.

Oesterreich.

Gablitz, 26. Sept. [Für die Zollvereinigung mit Deutschland.] Die hier versammelten Vertreter der Produktion von rohem und veredeltem Glase, sowie von verschiedenartigen Bronze- und Bisuteriemäaren in und um Gablitz erklären, die Concurrenz mit dem gegenwärtigen Zollvereine bestehen zu können, und begrüßen demnach eine Zollvereinigung zwischen Oesterreich und Deutschland als das Mittel zu einer nach beiden Seiten hin ersprießlichen Erweiterung ihres Absatzgebietes.

Italien.

In Turin nimmt die Hochzeit der Prinzessin Pia alles Interesse in Ansprach. Die ganze Woche ist den Festlichkeiten gewidmet gewesen. Am Dienstag gab der König ein großes Diner zu Ehren des Marquis de Poule, am Mittwoch kam Prinzessin Clotilde nebst Gemahl an, am Donnerstag wurde der Heiraths-Contract unterzeichnet, woran sich ein großes Festmahl bei Hofe schloß, gestern am Freitag sollte dann Hofconcert sein und darin Tamburini sich hören lassen. Heute, Sonnabend, soll dann die Hochzeitsfeier stattfinden, und am Abend der Königin von Portugal die von den städtischen Behörden veranstaltete Serenade gebracht werden, wobei der Schloßplatz aussprüchtigste illuminirt sein wird. Am Sonntag, 28. Sept., wird in der Metropolitankirche Hochmesse gehalten, und am Nachmittage die junge Königin sich nach Genua begeben, um am Montag die Fahrt nach Lissabon anzutreten.

Die turiner „Italie“ veröffentlicht mitten in den Hochzeitsfeierlichkeiten, welche eine Tochter Victor Emanuels zur Königin von Portugal machen, nach dem portugiesischen Blatte „A Nação“ ein vom 3. Juli d. J. datirtes Schreiben Sr. Heiligkeit des Papstes an den Cardinal-Patriarchen von Lissabon, an die Erzbischöfe von Braga und Evora und sämtliche Suffragan-Bischöfe von Portugal. Die Prälaten werden darin zu größerer Wachsamkeit und Energie vermahnt, da sie bei dem notorisch beklagenswerthen Zustande der katholischen Kirche in Portugal sich viel zu lau und tolerant gezeigt hätten; sie werden an die Pflichten ihres Amtes erinnert, „die ihrer Hüt anvertrauten Schafe zu schützen, daß sie nicht von den wilden Thieren verschlungen werden, welche den Erdkreis unsicher machen.“ Sie sollen „Allem Widerstand leisten, was in diesem Königreiche (Portugal) ungestraft gegen die Kirche und gegen deren Rechte und ehrenwürdige Gesetze verübt wird;“, denn wahrhaftig, Ihr könnet es wohl wissen, daß, wenn es schicklich und wenn es nothwendig ist, der weltlichen Macht den schuldigen Gehorsam zu leisten, dies doch nur in dem geschehen kann, was in keiner Weise den Gesetzen Gottes und den Gebräuchen seiner heiligen Kirche zumüderläuft.“

Das turiner Kabinett ist über den Prozeß Garibaldi in neue Ungewissheiten verfallen. Die Mitglieder des diplomatischen Corps haben Herrn Ratazzi nicht verhöhlt, daß nach dem Kundschreiben des Generals Durando die Verweisung Garibaldi's vor einem Assisenhof nicht ernstlich gemeint sein könne. Dem „Movimento“ zufolge ist bei einer englischen Familie in Cornegliano eine Haussuchung mit Aufsicht einer großen bewaffneten Macht vorgenommen worden. Man soll geglaubt haben, Giuseppe Mazzini persönlich vorzufinden. Eine Depesche aus Rom, 24. d. meldet, daß Lavalette Sonnabend (heute) wirklich abreisen und dem Kaiser ein eigenhändiges Schreiben des Papstes überbringen würde.

Briefe aus Neapel vom 23. Sept. zeigen die Festnahme des Paters Pantaleo, des Feld-Caplans von Garibaldi, an. Er war verkleidet von Sicilien herübergekommen. — Briefe aus Rom, gleichfalls vom 23. d. sprechen von starken Zusammenziehungen italienischer Truppen zwischen Rieti, Spoleto und Perugia. General Montebello hatte die Nachricht von der Ankunft eines neuen französischen Infanterie-Regimentes dementirt; man halte gegenwärtig keine Verstärkung für nothwendig. (Köln. 3.)

Turin, 24. Septbr. Der Militär-Partei fehlt es unter unseren Deputirten durchaus nicht an Anhang; diese Herren singen in der „Discusione“ und ähnlichen Blättern mit vollem Ernst das Lob des permanenten Belagerungszustands. So versichert heute einer von ihnen, daß im Süden der Belagerungszustand eigentlich die einzige populäre Regierungsform sei; da werde man nicht von piemontesischen Beamten überlaufen, sondern bestrebe in dem General Lamarmora einen Mann, den man kenne und dem man vertraue, und der thun könne, was er für gut halte! Das Lamarmora in das Kabinett aufgenommen werde, ist die einstimmige Forderung der Partei. Auch scheint das Ministerium anfangen zu wollen, sich des Generals würdig zu zeigen, denn im letzten Ministerrtheat hat man beschlossen, in Sizilien so wohl wie im Neapolitanischen den Belagerungszustand noch beizubehalten, angeblich, um ihn zu benutzen, die Reste der Banden zu vernichten, und den Übergriffen der mazzinistischen Presse ein Ende zu machen. — Der Cassationshof von Mailand hat noch nichts beschlossen; viele seiner Mitglieder theilen die Ansicht, daß der Hof von Neapel nicht das Recht hatte, einen anderen Cassationshof zu delegiren.

Uebrigens erhebt man aus einem so eben bekannt gewordenen Aktenstück, in welcher kategorischer Form vom Justizministerium der neapolitanische Gerichtshof aufgefordert wurde, gerade den Hof von Mailand zu designiren; eine Wahl zwischen Mailand und Florenz wurde ihm gar nicht gestattet. Es erhellt hieraus, daß die Regierung faktisch die Macht besitzt, einen Angeklagten nach jeder beliebigen Provinz vor die Assisen zu verweisen. (Köln. 3.)

Frankreich.

Paris, 26. Sept. [Das System der Verwarnungen für den Papst eingeführt.] Die „Moniteur“-Documente von gestern geben den Diskussionen in der Presse und im Publikum reichlich Nahrung. Die clericalen Presse verrath einige Verlegenheit, weil sie allmählich hinter dem wiederholten Eingeständniß des Mitzlingens der diplomatischen Action Frankreichs in Rom einen gewissen, der ewigen Fortdauer des Status quo nicht unbedingt günstigen Hintergedanken wittert. Um sich selber in den Augen Europa's zu schwächen, veröffentlicht wahrscheinlich der Kaiser die Berichte seiner Gesandten nicht, und eine Schwächung seines politischen Einflusses wäre es unbedingt, wenn ein solches Eingeständniß weiter nichts als der Markstein eines vollendeten Umlaufes und der Ausgangspunkt zu einer neuen Kreisbewegung im bereits ausgetretenen Geleise sein sollte. So wenig Anhalt nun auch der kaiserliche Brief an und für sich für eine definitive Lösung gibt, sieht man noch in der Veröffentlichung dieser, vor vier Monaten schon geschriebenen Documente, gerade im jetzigen Augenblick etwas mehr als einen beliebig hereingezogenen Zwischenfall, um Italien und Europa

durch das ununterbrochene Abwarten nicht allzusehr zu ermüden. Es glauben Einige, der Kaiser habe auch für den Papst das System der Verwarnungen eingeführt, und es bleibe jetzt nur noch die dritte und letzte übrig, in der man der Unerschütterlichkeit der römischen Curie gegenüber zur Anberauung eines bestimmten Termins für den Abzug der französischen Truppen schreiten würde. Die „France“ ist allerdings noch voller Zuversicht, aus der mit der gestrigen Veröffentlichung beginnenden neuen Krise die Restaurierung des Zustandes von 1859 für den heiligen Vater hervorgehen zu sehen; die übrigen Blätter ohne Ausnahme sind anderer, zum Theil gerade entgegengesetzter Ansicht. Allgemein aufgefallen ist die zweideutige, beinahe kriechende Haltung, welche der „Constitutionnel“ dem kaiserlichen Briefe gegenüber einnimmt, nachdem er kurz vorher, mehr wohl aus Hass gegen La France, als aus Interesse für die italienische Einheit, mit ganz radikalem Tum die baldige Räumung Roms verlangt hatte. — Man versichert, Herr Thouvenel, der sich in seiner Stellung so unbehaglich fühlt, habe bei dem Kaiser nur um die Veröffentlichung seiner und Lavalette's Depesche nachgefragt; der Kaiser aber habe aus freien Stücken den wichtigsten Beitrag mit seinem eigenen Briefe geliefert.

Amerika.

[Vom Kriegsschauplatz.] Über den im telegraph. Auszuge gemeldeten, vom pariser „Constitutionnel“ aber stark angezeigten (vergl. die Depesche an der Spize des Blattes) Sieg des Generals McClellan liegen folgende ausführlichere Berichte vor: General Jackson ist bei Williams Port wieder über den Potomac zurückgegangen und steht in Virginien. Die Generale Burnside und McClellan rückten nach Hagerstown vor, um die Conföderierten zu erreichen. Ein amtlicher Bericht McClellans, aus dem Hauptquartier oberhalb Middle-town, 14. Sept. Abends, datirt, meldet: Die Generale Hooker und Reno haben nach heissem Gefecht die Höhen, über welche die Straße nach Hagerstown führt, genommen. General Franklin griff den linken Flügel des Feindes an. Das Resultat ist unbekannt; wir sind im Besitz aller Höhen und haben einen glänzenden Sieg erfochten. General Reno befindet sich unter den Gebliebenen. Unter dem 15. Septbr. berichtet McClellan: Franklin hat einen vollständigen Sieg erfochten und eine große Anzahl Conföderirter gefangen genommen. Der Feind zog sich während der Nacht zurück und wir rücken noch vor. Nach Aussage des Generals Hooker schlägt der von einem panischen Schrecken ergriffene Feind den Weg nach dem Flusse ein. Hooker schätzt die Zahl derer, welche er gefangen genommen hat, auf 1000. Gerüchtweise verlautet, General Lee sei verwundet. Den Verlust der Conföderirten veranschlage ich auf 15,000. Wir verfolgen sie rasch.

Afrika.

Im Süden und im Westen Indiens haben französischen Blättern zufolge neue Insurrections-Versuche stattgefunden. Vier Cavalierie-Regimenter sind aufgelöst und acht andere eingeborne Regimenter bedeutend verringert worden.

Angelommen: Se. Excellenz Wirklicher Staatsrat v. Brocziwitz aus Petersburg. Kaiserl. königl. russischer Adelsmarschall und Staatsrat v. von Woyde aus Warschau. (Pol.-Bl.)

** **Hirschberg**, 27. Sept. Heut Nachmittag gegen 4 Uhr wurde der Einwohnerzahl von Hirschberg das Glück zu Theil, die Prinzess Marie der Niederlande königl. Hoheit auf Höchstbühne Durchreise durch die Stadt nach Erdmannsdorf begrüßen zu können. Magistratalischerseits wurde Höchstbühne durch den Bürgermeister Vogt und den Stadtverordneten-Vorsteher-Stellvertreter Harrer am Unspannungs-Dritte, der halben Meile, bewillkt. — Durchweg freudig hat ferner die hiesige Einwohnerschaft das heut durch den „Staats-Anzeiger“ bekannt gewordene Gesetz vom 24. September d. J., betreffend den genehmigten Bau der Eisenbahn von Kohlfurt und Görlitz über Lauban, Greifenberg und Hirschberg nach Waldenburg gestimmt. Die Kreisstände haben auf den Vorschlag ihres Vorsitzenden, des königl. Landrats von Grävenitz, nur 4500 Thlr. aus Kreismitteln, die Stadt-Commune Hirschberg 20,000 Thlr. zum Grund-Entsädigungs-Capital bewilligt, das Fehlende, gegen 12,000 Thlr., gleichfalls aus Kreismitteln zu beschaffen und dieserhalb von Neuem die Kreisstände zu convociren, ist von dem betreffenden Kreistags-Vorsitzenden abgelehnt worden, und zwar, wie verlautet, aus dem Grunde, weil den Hauptnuzen von der Gebirgsbahn nur die Gewerbetreibenden des Kreises und vorzugsweise die Stadt Hirschberg hätten?! — Welche Schritte nach einer solchen Antwort das hier bestehende Bahn-Comitee und die hiesige Communal-Vertretung zur Beschaffung des noch fehlenden thun werden, darüber ist zur Zeit noch Nichts in die Öffentlichkeit gedrungen.

Meteorologische Beobachtungen.

Der Barometerstand bei 0 Grad. in pariser Linien, die Temperatur der Luft nach Raumur.	Barometer.	Luft-Temperatur.	Windrichtung und Stärke.	Wetter.
Breslau, 27. Sept. 10 U. Ab.	333,92	+10,4	N. O.	Trübe.
28. Sept. 6 U. Morg.	334,70	+7,6	N. O.	Nebel.
2 Uhr Nachm.	334,52	+15,2	O. O.	Sonnenblöcke.
10 Uhr Abends.	334,32	+10,4	SO. 2.	Heiter.
29. Sept. 6 U. Morg.	334,00	+7,4	O. 1.	Trübe.
Berlin, 27. Sept. 12 U. Nachm.	337,34	+14,4	W. 1.	Bewölkt.
Wien, 26. Sept. 10 U. Abends.	331,17	+9,9	WSW. 1.	—

Wasserstand.

Breslau, 29. Sept. Oberpegel: 12 J. 11 3. Unterpegel: — J. 9 3.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Paris, 27. Sept., Nachm. 3 Uhr. Die Rente eröffnete zu 69, 62, fiel auf 69, 60 und schloß fest u. belebt zur Notiz. Consols von Mittags 12 Uhr waren 98½ eingetroffen. Schluss-Course: 3pro. Rente 70, 10. 4½ pro. Rente 97, 55. Italienische 5pro. Rente 71, 55. 3pro. Spanier 49%. Ipro. Spanier. — Oesterr. Staats-Eisenbahn-Aktien 507. Credit-mobilier-Aktien 1032. Lomb. Eisenbahn-Aktien 613. Oesterr. Credit-Aktien.

London, 27. Sept., Nachm. 3 Uhr. Silber 61 1/2. Regen. — Consols 93%. Ipro. Spanier 45. Mexikaner 34%. Sardinier 82. 5pro. Russen 94. Neue Russen 94. — Der Dampfer „Bremen“ ist aus Newport eingetroffen.

Wien, 27. Sept., Mitt. 12 Uhr 30 Min. Börse fest, beliebt. 5pro. Metall, 71. — 4½ pro. Metall, 62, 75. Bank-Aktien 791. Nordbahn 191, 80. 1854er Loose 90, 50. National-Anleihe 83. — Staats-Eisenbahn-Aktien-Cert. 236, 50. Creditaktien 217, 40. London 125, 40. Hamburg 93, 30. Paris 49, 55. Gold —. Silber —. Böhmische Westbahn 168, 50. Lombardische Eisenbahn 277, 50. Neue Loose 131, 75. 1860er Loose 90, 50.

Frankfurt a. M., 27. Sept. Nachm. 2 Uhr 30 Minuten. In Folge höherer pariser und wiener Notirungen von gestern Effekten besser bezahlt. Schluss-Course: Ludwigshafen-Berbacher 138 1/2. Wiener Wechsel 93%. Darmst. Bankaktien 228. Darmst. Bettelbank 251. 5pro. Metall, 55 1/2. 4½ pro. Metall, 49. 1854er Loose 71 1/2. Oesterr. National-Anleihe 64 1/2. Oesterr.-Franz. Staats-Eisenbahn-Aktien 222. Oesterr. Bank-Aktien 74 1/2. Oesterr. Credit-Aktien 202. Neueste Oesterr. Anleihe 72 1/2. Oesterr. Elizabet Bahn 116%. Rhein-Nahe-Bahn 29. Mainz-Ludwigshafen Litt. A. 126 1/2.

Hamburg, 27. Sept., Nachm. 2 Uhr 30 Min. Fest bei ziemlichem Umsatz. — Schluss-Course: National-Anleihe 65 1/2. Oesterr. Credit-Aktien 85 1/2. Vereinsbank 102. Norddeutsche Bank 99. Rheinische 96. Nordbahn 63 1/2. Disconto —. Wien —. Petersburg —.

Hamburg, 27. Sept. [Getreidemarkt.] Weizen loco sehr still, ab auswärts unverändert. Roggen loco still, ab Königsberg pr. Frühjahr zu 75% wohl zu machen. Del pr. Ottbr. 31 1/2 — %, pr. Mai 29 %. Kaffee

blieb in günstiger Stimmung; 2000 Sac umgesetzt. Zink 2000 Ctr. loco 12%, 1000 Ctr. Novbr.-Dez. 12 1/2% Mt. Liverpool, 27. Septbr. [Baumwolle] 3000 Ballen Umsatz. — Preise behauptet. Fair Dhollerah 17 1/2 — 17 1/2%.

Berliner Börse vom 27. September 1862.

Fonds- und Geld-Course.	Div. Z.
Freiw. Staats-Anleihe 4½% 102 7/8 bz.	1861 F.
Staats-Anl. v. 1850. 52 4/5% 99 7/8 B.	Oberschles. B. 7 1/2 31/2 15 1/2 bz.
dito 1854, 55. 56 57 4/5% 103 bz.	C. 7 1/2 31/2 17 1/2 17 1/2 bz.
dito 1853 4% 100 1/2 bz.	dito Prior B. —
dito 1859 5% 108 bz.	dito Prior C. —
Staats-Schuld-Sch. 3½% 91 1/2 bz.	dito Prior D. —
Präm.-Anleihe v. 1855 128 1/2 B.	dito Prior F. —
Berliner Stadt-Obl. 4% 103 1/2 B.	Oppeln-Tarnow. 5/2 4 49 1/2 bz.
Kur.-u. Neumärker 3½% 92 1/2 G.	Prinz-W. (St.-V.) 5 4 97 1/2 bz.
dito dito 4% 101 1/2 bz.	Rheinische 5 4 102 1/2 bz.
Pommersche 3½% 91 1/2 bz.	dito Prior 4 4 94 1/2 bz.
dito neu 4% 100 1/2 bz.	dito III. Em. —
Possensche 4% 104 1/2 G.	Rhein-Nahebahn 4 25 1/2 bz.
dito 3½% 99 1/2 G.	Ruhrort-Crefeld. 3 1/2 30 1/2 bz.
Westf. u. Rhein. 4% 99 1/2 G.	Starg.-Posener. 4 3 114 1/2 bz.
Sächsische 4% 100 bz.	Thüringer 4 12 1/2 B.
Louisard 4% 100 1/2 bz.	Wilhelms-Bahn. 4 4 57 1/2 bz.
Goldkronen — 110 1/2 G.	dito Prior 4 4 92 1/2 G.
	dito dito 4 4 93 1/2 G.
	Baden 9 7/8 G.

Preuss. u. ausl. Bank-Aktionen.

Ausländische Fonds.	Div. Z.

<tbl_r cells="2" ix="3" maxcspan="1" maxrspan="1